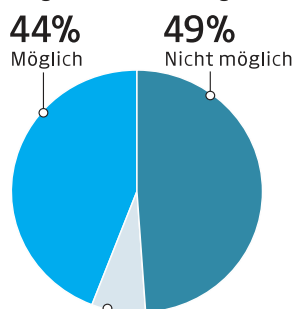




44 Prozent aller Österreicher rechnen mit Straches Rückkehr in die Politik

### Strache-Comeback

Halten Sie ein politisches Comeback von HC Strache, ohne der österreichischen Bundesregierung anzugehören, für möglich oder nicht möglich?



7% Anderes, weiß nicht, keine Angabe

Quelle: OGM-Umfrage, 27-29. Mai 2019, 805 Wahlberechtigte Österreicher ab 16 Jahren. Foto: APA

# FPÖ-Wähler glauben an ein Comeback

60 Prozent der FPÖ-Wähler halten Straches Rückkehr für möglich. Ehefrau Philippa plädiert für Einzug ins EU-Parlament.

den ÖVP-Wählern nur noch 35 Prozent. „Die Frage wurde formuliert, bevor das Ergebnis des Vorzugsstimmen-Ergebnisses bekannt wurde“, erklärt OGM-Chef Wolfgang Bachmayer. „Die Menschen im Land haben offensichtlich ein gutes Gespür. Die freiheitlichen Wähler hof-

fen auf seine Rückkehr, SPÖ- und Grün-Wähler befürchten die Rückkehr.“

Die Frage eines möglichen Comebacks hat durch die Auswertung der Vorzugsstimmen an Dynamik und Brisanz gewonnen. Wie bei vielen anderen Wahlgängen in der Vergan-

genheit hatte sich der Ex-FPÖ-Chef symbolisch auf den letzten Listenplatz (Platz 42) setzen lassen, nach dem Rückzug vor zwei Wochen gaben immerhin 44.500 Wähler Strache ihre Vorzugsstimme.

Ob Strache ins EU-Parlament einzieht, ist offen. Die aktuelle FPÖ-Führung scheint sich gegen einen Rückzug auszusprechen – aus Sorge, bei den bevorstehenden Nationalratswahlen für gewisse Kreise unwählbar zu sein. Philippa Strache rät jedoch ihrem Mann, das Mandat im EU-Parlament anzunehmen. Im Interview mit „News“ sagt sie, sie würde sich wünschen, dass sein politischer Weg noch nicht zu Ende sei. Sie selbst würde ihn bei einem Schritt nach Brüssel unterstützen, Heinz-Christian Strache sei „viel zu jung, um nur zu Hause zu sitzen“.

### WAHL IM SEPTEMBER

## Tauziehen um den Wahltermin

Rot-Blau kann nicht im Alleingang Termin fixieren.

Um den Termin für die vorgezogenen Neuwahlen ist ein echtes Gerangel entstanden. Während die ÖVP auf den frühestmöglichen Termin, auf den 15. September, drängt, pochen SPÖ und FPÖ auf den 29. September. Die Überlegungen liegen auf der Hand: Die ÖVP setzt auf die rekordverdächtigen Sympathiewerte für Parteichef Sebastian Kurz. Je kürzer der Wahlkampf, je weniger Zeit der neuen Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein bleibt, um Sehnsüchte nach einer parteiunabhängigen Regierung zu wecken, umso besser. Die Opposition will hingegen Kurz in einen längeren Wahlkampf verstricken – in der Hoffnung, ihn in der einen oder anderen TV-Diskussion im September, wenn alle aus dem Urlaub zurückgekehrt sind, schlecht aussehen zu lassen.

SPÖ und FPÖ haben im Parlament zwar eine Mehrheit, allerdings können sie nicht im Alleingang den Termin festlegen. Werner Zöggernitz vom Institut für Demokratie und Parlamentarismus erinnert daran, dass das alleinige Vorschlagsrecht bei der Regierung liegt. An der Regierung vorbei kann das Plenum keinen Termin festlegen. Noch dazu hatte Bundespräsident Alexander Van der Bellen in der Hochphase der Regierungskrise den Wunsch nach einem frühen Datum im September deponiert. Allerdings benötigt der Vorschlag der Regierung die Zustimmung des Hauptausschusses, der die Mehrheitsverhältnisse im Plenum widerspiegelt.

### KABINETT BIERLEIN

#### Regierung wird verkleinert

Die neue Kanzlerin will mit einem verkleinerten Kabinett die Geschicke des Landes lenken. Die beiden Staatssekretäre, der Beamten- sowie der Europaminister werden eingespart. Der Kurz-Regierung gehörten 16 Mitglieder an, nun könnten es zwölf sein.



### SPÖ

#### Umfärbung stoppen

SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer will die von Türkis-Blau in der Nationalbank, bei der FMA und der Statistik geplanten Umstrukturierungen und Umfärbungen stoppen.